Nacht-Telegramme. Nacht-Telegramme

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Verantwortl. Redacteur:
Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Liepsch & Reichardt in Dresden. Heinrich Pohlenk in Dresden.

Berlin, 18. März. Der Bundesrath nahm heute den Gesetzentwurf über die Küstenfrachtschiffahrt nach den Ausschußanträgen an.

London, 18. März. (Unterhaus.) Northcote antwortete Gourley, daß sich General Roberts jetzt bemühe, Näheres über die Zustände in Ghuzni zu erfahren. Die Regierung kenne Nichts über die Unterhandlungen mit Mohamed Khan berichten.

Konstantinopel, 18. März. Es heißt, der Mörder Kumerans habe die That eingestanden, es wird aber behauptet, derselbe sei irrsinnig.

Rom, 18. März. Die Erklärungen, welche der Ministerpräsident Cairoli gestern in seiner weiser Beantwortung der Rede Cavallotti's hinsichtlich der Beziehungen zu Oesterreich abgab, lauten offiziell: „Ich kann nicht zugeben, daß die Sitzung in dieser Weise schließe, daß das Land unter dem Eindrucke einer Hypothese bleibe, welche weder in Thatsachen begründet, noch durch irgend welche Anzeichen gerechtfertigt erscheint. Cavallotti signalisirte eine Gefahr, ich meinerseits erkläre, daß ich gestern die strenge Wahrheit gesagt habe, sowohl hinsichtlich unserer freundschaftlichen Beziehungen mit Oesterreich, wie hinsichtlich der herzlichen spontanen Kundgebungen, welche uns anläßlich der übrigens weitaus übertriebenen Rüstungen aus Wien zugekommen sind. Cavallotti, welcher sagte, er wolle sich nicht mit einer gewissen ausländischen Presse beschäftigen, hatte derselben sehr große Ehre erwiesen, indem er die feindlichen Auslassungen weniger Blätter als von einer befreundeten Regierung ausgehend betrachtet, deren Wohlwollen wir würdigen und mit der wir die besten Beziehungen zu unterhalten gedenken. Diese wechselseitige Freundschaft hat natürliche Begründung in der Achtung der Verträge, im Pflichtgefühle, kurz in allen hohen Erwägungen, wovon meine gestrigen bestimmten kategorischen Erklärungen dictirt waren. Cavallotti sagt, wir sollen keine Politik der Furcht machen. Nein! Wir wollen eine loyale Politik befolgen und sind gewiß, daß die ungeheuere Mehrheit des Landes mit uns ist."

Nr. 79. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Trocken, zeitweise heiter. Dresden. Freitag, 19. März.

Politisches.

Das Frühjahr ist die Zeit, da sich die Prinzessinnen verloben. Im Sommer folgen dann die Zusammenkünfte der Monarchen. Zu den bereits bekannten Verlöbnissen von Prinzen und Prinzessinnen tritt neuerdings die Verlobung der ältesten Tochter des verstorbenen Königs von Hannover, der Prinzeß Friederike, mit dessen Flügeladjutanten, einem Baron von Pawel-Rammingen. Die Prinzeß ist 32 Jahre alt, hat also dasjenige Alter, innerhalb welches sich Fürstentöchter überhaupt verheirathen, längst überschritten, sie reicht freilich auch keinem Fürstensohne, sondern einem treuen, langjährigen Anhänger der Welfensache die Hand. Politische Bedeutung hat dieses Bündniß nicht. Die gleiche Anmerkung könnte man zu der so überraschend gekommenen Verlobung des preußischen Prinzen Wilhelm mit der ältesten Tochter des verstorbenen Herzogs von Augustenburg machen. Hier ist in der That ein reines Herzensbündniß vorhanden, ja der fast geflissentliche Ausschluß jeder politischen Nebenabsicht ist so auffällig, daß viele preußische Blätter hierzu eine sehr verdrossene Miene ziehen. Es will ihnen nicht in den Kopf, daß der künftige Träger der deutschen Kaiserkrone sich nicht die Tochter eines mächtigen regierenden Fürstengeschlechtes erkor, sondern die noch dazu ältere Tochter eines niemals zur Regierung gekommenen Depossedirten heimführt. Ueber die geringe Höhe ihres Stammbaumes und die mäßige Wohlhabenheit ihres Hauses (ihres verstorbenen Vaters Vermögen taxirt man nur auf 1 Million Mark) hat der jugendliche Prinz hinweggesehen; ihn reizten und bezwangen die körperliche Schönheit und die geistigen Vorzüge der blonden Prinzeß. Man sollte sich ordentlich freuen, daß einmal bei einer fürstlichen Verlobung nicht die leidige Politik den Ausschlag giebt, sondern daß Fürstenkinder, die an einander Gefallen finden, sich, gleich Bürgerlichen, die Hand zum gemeinsamen Wege durchs Leben reichen, gleichviel, was Dame Staatsraison dazu sagt.

Noch seltsamer als eine fürstliche Ehe aus bloßer und reinster Herzensneigung ist aber das in der That denkwürdige Zusammentreffen, daß in demselben Augenblicke, da der Culturkampf in Deutschland zu Ende geht, in Frankreich der Culturkampf bestimmte Gestalt annimmt. Nachdem Rom gesprochen, ist der Culturkampf in Deutschland vorbei. Roma locuta, causa finita (Rom sprach, die Sache ist abgethan) gilt auch heute noch und dem Befehle Roms fügen sich in Deutschland, knirschend oder in freudiger Demuth, bewundernd oder kopfschüttelnd, begeistert oder verzweifelnd, Priester wie Laien der katholischen Kirche, Erzbischöfe und Hetzkapläne, Abgeordnete und Journalisten, Edelleute und Bauern. Der Papst hat nachgegeben. Er beugt sich der Staatsgewalt. Er gesteht gerade Dasjenige zu, was er bisher auf's Hartnäckigste bestritt: die Anzeige der Pfarrer-Ernennung durch die Bischöfe an die Regierung. Diese gesetzliche Bestimmung war der Anfang und blieb der Kern des Confliktes zwischen Kaiser und Papst. Hätte Pius IX. 1873 das zugestanden, was 1880 Leo XIII. „dulden" will, so wäre der ganze 7jährige Kirchenkrieg erspart worden; Erzbischof Paulus Melchers säße heute noch in Köln, Ledochowski in Gnesen, kein Geistlicher wäre ausgepfändet, abgesetzt, in Festungen eingesperrt worden, keine Pfarre wäre verwaist, kein Jammer über Gewissensdruck gehört worden. Indem der Papst die Anzeigepflicht an den Oberpräsidenten zugesteht, gesteht er damit das Einspruchsrecht des Staates zu, das Recht der Prüfung der wissenschaftlichen Befähigung des katholischen Geistlichen, die Pflicht desselben, eine Maturitätsprüfung abzulegen und auf einer deutschen Universität drei Jahre zu studiren — Alles Dinge, die Rom bisher als unerhörte Anmaßung des Staates zurückwies. Kurz, der Sieg des Staates ist vollständig. Was wird der Staat der Kirche als Gegenleistung bieten? Darüber belehren uns gewiß die nächsten Monate. Für heute sei nur auf die große diplomatische Klugheit des jetzigen Papstes hingewiesen, der in demselben Augenblick, wo in Frankreich der katholischen Kirche schwere Prüfungen bevorstehen, sich beeilt, ihr in Deutschland wenigstens Frieden zu verschaffen.

Auf das Verhalten des französischen Ministeriums gegenüber den Jesuiten darf man allerdings gespannt sein. Freycinet dürfte, so vermuthet man, einen Mittelweg einschlagen: zwar die Jesuitenschulen schließen, die Väter Jesu aber im Uebrigen unbehelligt und ruhig in Frankreich belassen. Vielleicht verständigen sich die weltklugen Jesuiten mit der Regierung. Versuchen sie es doch schon mit einer Verständigung mit Gambetta. Der Ordensgeneral der Jesuiten, Pater Beckx, hat Gambetta um eine Audienz nachgesucht und dieser sie ihm bewilligt. Bereits nennen die klerikalen Blätter Herrn Gambetta einen „ganz charmanten Mann" und ein republikanisches Blatt bezeichnet den greisen Beckx ebenfalls als einen „ganz charmanten Mann". Warum sollen sich die beiden „ganz charmanten Männer" nicht verständigen — zum Schaden Deutschlands, wenn auch auf Kosten der Bildung und Freiheit?

Sonst ist man in Frankreich denn doch sehr verstimmt über die Abberufung des russischen Botschafters. Man streitet sich darüber, ob Fürst Orloff vom Zaren nach Petersburg appelé oder rappelé (blos hin- oder überhaupt zurückberufen) sei? Die betr. Depesche des Fürsten Gortschakoff an den Botschafter Orloff war nicht etwa in Chiffreschrift, sondern in gewöhnlichen Worten abgefaßt und das Pariser Telegraphenbureau beförderte eine Abschrift dieser wichtigen Depesche sofort an den Minister Freycinet. Der Zar ist über die verweigerte Auslieferung Hartmann's außer sich, er faßt sie als einen direkten Schutz der Meuchelmörder auf. Man muß sich jedoch hüten, aus der augenblicklichen Verstimmung, welche diese Hartmann-Affaire zwischen Rußland und Frankreich erzeugt hat, zu weitgehende politische Consequenzen zu folgern.

Mit großer Genugthuung wird das deutsche Gewerbe, der vaterländische Bürgerstand es vernehmen, daß die Reichsregierung dem Bestreben, gewisse Theile der Gewerbeordnung zu reformiren, freundlich gesinnt gegenübersteht. Der Schwerpunkt der Ackermann-Seydewitz'schen Anträge ruht in dem Verlangen, die Innungen zu beleben. Mit Grund betonte der Staatsminister Hofmann, daß hieraus eine sittliche Hebung der Handwerker sich ergeben würde. Gegen die Neubelebung des Innungswesens erhoben sich von den entgegengesetzten Seiten Einwände: die Freihändler bekämpfen sie durch Delbrück, die Sozialdemokraten durch Abg. Kayser. Auch in dieser Frage erleben wir das Hand in Handgehen der Extreme: der Freihandels- und Manchesterpartei und der Sozialdemokratie, besonders der jüdischen Oberleitung derselben. Wie die Orientalen Dr. Marx und Lassalle, in seinen jüngeren Jahren Bamberger, so kommt auch jetzt der Orientale Kayser praktisch darauf hinaus, die Uebermacht des Kapitals über die Arbeit zu stärken. Dabei verfährt der Sozialdemokrat Kayser höchst inconsequent: die Vereinigung der Arbeiter zu Fachvereinen behufs Vertretung ihrer Interessen ist das stete Ziel der Sozialdemokratie, die gleiche Vereinigung der Arbeitgeber aber bekämpft sie aufs Erbittertste. Angeblich würden dadurch wieder „Erwerbsprivilegien" geschaffen, in Wahrheit wird das Handwerk vor der Zerreißung gerettet. Lebendige, dem Geiste der Neuzeit angemessene Gliederungen der Gewerbtreibenden bilden gewiß einen der gegenwärtigen flugsandartigen Auflösung des Gewerbebetriebs vorzuziehenden Zustand. Wer erstrebt Zopfwesen? Wer wollte die Macht des Dampfes und der Electricität ignoriren, welche die Arbeit von Grund aus umgestaltet haben und tagtäglich neue Erwerbszweige hervorrufen? Was aber Dampf und Electricität niemals umgestalten können, das ist das sittliche Verhältniß der Menschen zu einander. Hat der Staat ein Interesse daran, daß seine künftigen Gewerbtreibenden eine ordentliche Ausbildung erhalten? Dann ist eine Ordnung des Lehrlingswesens die nothwendige Folgerung. Haben die selbstständigen Gewerbtreibenden einen Schutz nöthig gegen die Uebermacht des Kapitals einerseits und die sozialistisch dirigirten Fachverbände ihrer Arbeiter andererseits? Dann mögen sie sich zu Innungen zusammenschließen, welche auf Provinzen ausgebreitet und dabei doch örtlich gegliedert den modernen Anforderungen gerecht werden. Wenn verwandte Gewerbe zusammentreten und große Innungs-, Spar- und Vorschußkassen gründen, so entziehen sie den jetzigen, oft nur auf wucherische Ausbeutung des Gewerbes ausgehenden Banken ganz enorme Kapitalien, um sie zu ihrem eigenen Wohle zu verwenden. Da aber erfahrungsgemäß der Deutsche Alles von der Regierung erwartet, so möge diese nur einmal dem Gewerbestande durch die Gesetzgebung zu Hilfe kommen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 18. März. (Reichstag.) Dritte Etatsberatung. Beim Etat des auswärtigen Amts erklärt Schatzsekretär Scholz auf Anfrage: über das, was nach Ablauf des deutschen Handelsvertrages am 1. Juli zu geschehen habe, hätten keine Verhandlungen stattgefunden. Zum Militaretat wird die Resolution Richter's: der Reichstag wolle die Erwartung aussprechen, daß künftig bei Inseraten in Zeitungen nur die möglichste Verbreitung, nicht aber die Parteistellung der Insertionsorgane in Betracht gezogen werde, mit den Stimmen des Fortschritts, des Centrums und der Nationalliberalen angenommen; Kriegsminister v. Kameke hatte sich gegen den Antrag als überflüssig ausgesprochen, während Schatzsekretär Scholz hervorhob: für die Reichsbehörden beständen keine Vorschriften betreffs des Inserirens, bei der Wahl von Insertions-Organen müsse aber außer der Billigkeit und Zweckmäßigkeit auch ein gewisses Decorum für die Behörden maßgebend sein. In gewissen Zeitungen könnten dieselben daher nicht inseriren lassen. Beim Justizetat klagt der Abg. v. Ludwig über die Höhe der Gerichtskosten und zieht sich dabei wegen der materiellen Kritik des Strafgesetzbuchs, welches er die Lust und Freude aller Schurken, den Kummer aller ehrlichen Leute nannte, Ordnungsruf zu. Beim Etat des Reichsschatzamts betont v. Mirbach die Nothwendigkeit, zur Doppelwährung zurückzukehren. v. Helldorf erklärt, Mirbach habe nicht die Anschauung der ganzen konservativen Fraktion wiedergegeben, Bamberger versucht, das bestehende Goldwährungssystem zu vertheidigen. Beim Postetat wird der Antrag Dr. Sterbani's, die in der zweiten Lesung gestrichene erste Baurate für den Umbau des Leipziger Postgebäudes zu bewilligen, abgelehnt. Beim Extraordinarium des Militäretats lehnte der Reichstag den Antrag Richters die Forderung für die Dresdner Kasernenbauten zu streichen, ab, bewilligte vielmehr dieselbe gemäß den Beschlüssen in zweiter Lesung; er lehnte ferner den Antrag Richters ab, die für das Reichspostamt geforderte dritte Direktorstelle zu streichen und genehmigte alle übrigen Etats unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung, ebenso das Anleihegesetz, das Etatsgesetz und den Etat im Ganzen. Das Haus vertagte sich hierauf bis zum 6. April.

Berlin, 18. März. Der „Norddeutschen Allgem. Ztg." zufolge ist der als Stellvertreter des Fürsten Hohenlohe nach Paris bestimmte, jetzt an der Spitze des auswärtigen Amts des Reichs beschäftigte Gesandte v. Radowitz seit einigen Tagen durch ein bereits in der Besserung begriffenes Leiden genöthigt, das Bett zu hüten. Auch der Gehilfe Bismarck's, Lothar Bucher, ist erkrankt, endlich ist der Reichskanzler Fürst Bismarck noch nicht wieder hergestellt. Die Erledigung der Geschäfte des auswärtigen Amts bietet daher wesentliche Schwierigkeiten. Bei dieser Ueberhäufung des Staatssecretärs des Auswärtigen mit laufenden Arbeiten und der wenig zahlreichen Besetzung der politischen Abtheilung mit vortragenden Räthen habe schon Herr v. Bülow die Nothwendigkeit empfunden, in der Person des Herrn v. Radowitz eine bewährte Hilfskraft heranzuziehen. Derselbe gehöre aber nicht dem Etat des Ministeriums an. Auf Aushilfe der zweiten Abtheilung für die politischen Arbeiten der ersten Abtheilung sei bei der außerordentlichen Vermehrung der sogenannten „Nichtpolitischen Geschäfte" nicht wie früher zu rechnen. Zur Aushilfe des Nothstandes sei der Generalkonsul Busch aus Pest einberufen, er werde heute oder morgen erwartet.

Berlin, 18. März. Die Reichstagskommission zur Vorberathung des Sozialistengesetzes hat mit 10 gegen 3 Stimmen die Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 30. September 1884, anstatt, wie die Regierungsvorlage wollte, bis zu demselben Termine des Jahres 1886, festgesetzt. Die Kommission beschloß ferner zu dem sogenannten Belagerungsparagraphen eine Deklaration dahingehend, daß die Ausweisungen von Reichstags- und Landtags-Abgeordneten während der Dauer der Session ungiltig seien.

Berlin, 18. März. Der vom Reichstag genehmigte Etat balancirt in der Einnahme und Ausgabe mit 539,252,640 Mark. Die Matrikularbeiträge sind auf 81,670,950 Mark fixirt.

Wien, 18. März. Das Abgeordnetenhaus nahm das Goldrentengesetz in Namensabstimmung mit 151 gegen 134 in dritter Lesung an. Der Unterrichtsminister beantwortete eine Interpellation wegen angeblicher Verfolgung der Protestanten in Böhmen u. erklärte, die Behörden bewegten sich bei ihrem Vorgehen gegen gesetzlich nicht anerkannte Religionsgenossenschaften stets auf dem Boden des Gesetzes. Von Verfolgung der Evangelischen in Böhmen könnte keine Rede sein.

Paris, 18. März. Dem Journal „Voltaire" zufolge wäre die Schließung der jesuitischen Erziehungs-Anstalten und die Auflösung jesuitischer Noviziate beschlossen, indessen verlaute darüber noch nichts, ob die Regierung mittelst einfachen Ministerial-Beschlusses oder Dekretes des Präsidenten der Republik dabei vorgehen werde.

Paris, 18. März. Die Nachricht der „Kölnischen Ztg." von einem diplomatischen „Diner", auf welchem behufs Hebung der Spannung zwischen Rußland und Frankreich der Premierminister Freycinet und der russische Botschafter von Orloff sich begegnet haben sollen, ist unrichtig. Das Diner ist Freycinet gegeben worden, aber ohne Betheiligung des russischen Botschafters, welcher auch ohne fremde Vermittelung mit Freycinet persönlich in besten Beziehungen steht.

Locales und Sächsisches.

— Der bereits gestern gemeldete Katarrh, welcher Se. Maj. den König befallen hat, nimmt leider solche Dimensionen an, daß die beabsichtigte Reise nach Berlin zur Beglückwünschung Sr. Maj. des deutschen Kaisers unterbleiben muß.

— J. M. die Königin wohnte am Mittwoch Mittag den Prüfungen der 3. Klasse in der hiesigen katholischen Schule am Queckbrunnen bei und beehrte darauf das in unmittelbarer Nähe der Schule befindliche katholische Waisenhaus mit ihrem Besuche. Gestern Mittag wohnte J. M. den Prüfungen der 3. Klasse im Lehrerinnen-Seminar mit Töchterschule bei. Zu den Turnprüfungen, welche in letzterem Institute am Montag unter Leitung der Oberlehrer Knof und Repsch stattfanden, hatten sich die HH. Geh. Schulrath Dr. Bornemann und der Director der k. Turnlehrerbildungsanstalt Prof. Dr. Kloß eingefunden. Die Uebungen gingen recht gut; die meisten derselben wurden unter Musikbegleitung ausgeführt.

— Prinz Friedrich August, K. H., setzt seine Besuche in den hiesigen Gymnasien fort. Gestern wohnte er in der Kreuzschule den Prüfungen der Unter-Prima und Ober-Secunda in Latein (Tacitus) und Physik bei.

— Consistorialrath Superintendent Dr. Otto in Glauchau hat das Komthurkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden und Archivar Dr. phil. Adelbert Pasic hier das Dienstprädikat „Archivrath" mit 3. Klasse der Hofrangordnung erhalten.

— Der Präsident des Reichsgerichts in Leipzig, Dr. Simson, wurde in Berlin vom Kaiser Wilhelm in besonderer Audienz empfangen, um dessen Bildniß für den großen Saal des Leipziger Gerichtsgebäudes eingehändigt zu erhalten. Der Kaiser ist von Paul Meyerheim in großer Generalsuniform gemalt, mit einer Fülle von Orden geschmückt und dem Orangeband des schwarzen Adlerordens.

— Das für die Allgemeinheit Interessanteste aus der vorgestrigen öffentlichen Stadtverordnetensitzung ist, daß der Stadtrath nunmehr den Schlüssel zum Durchbruch der Marschallstraße, das vielbesprochene Grundstück der Gebrüder Hädner am Elbberg käuflich für 104,555 Mk. erworben hat und die Stadtverordneten dem Kaufe beigetreten sind. Obschon diese Erwerbung als dringendes Ortsbedürfniß bereits anerkannt und so der Weg für die Expropriation geebnet war, zeigten sich bei nochmaliger Verhandlung die Herren Hädner doch so entgegenkommend, daß voraussichtlich bei der Expropriation ein niedrigerer Preis auch nicht hätte erzielt werden können und durch Annahme desselben mindestens ein halbes Jahr Zeit gewonnen ward. Die Herren sind bedeutend heruntergegangen; die erste Forderung war 135,000 Mk., dann sank sie auf 125,000, auf 120,000 und jetzt auf die genannte sehr acceptable Summe. Vorgestern ward hier mitgetheilt, daß der Stadtrath die von ihm zu treffende Wahl der Hälfte der 400 freiwilligen Armenpfleger bereits erledigt habe; in dieser Sitzung wählten die Stadtverordneten die andere Hälfte. Ein Blick auf die Wahltabelle, in der zugleich die 40 Pflegebezirke fixirt sind, in welche die Stadt nunmehr getheilt ist, zeigt recht deutlich wie stark an manchen Stellen sich das Elend anhäuft, so wird z. B. der 7. Bezirk von nur 2 Straßen, der großen und kleinen Ziegelstraße mit 40 laufend zu unterstützenden Armen gebildet, während der 13. mit nur 10 Armen mehr 24 große Straßen (englisches Viertel) umfaßt; im 32. Bezirk: Wald- und Marktgasse existiren 64, im 31.: Louisen-, Martin- und Pulsnitzerstraße 55 Arme u. s. f. — Zur Erhebung der Armen-Parochialanlage mit 3 Pf. von 100 Mk. Grundwerth und 1, ½ und bez. ½ Pf. vom Miethzins wird Zustimmung ertheilt, auch eine größere Summe von über 28,000 Mk. zu baulichen Veränderungen im Versorghause und zwar aus den Ersparnissen dieser städtischen Anstalt selbst bewilligt, auch verschiedene Ausgaben für Veränderungen in Schulen, an Schleusen u. s. w. genehmigt. Schließlich sei noch verzeichnet, daß der St.-V. Dr. Richter in Folge einer Berufung an das Gymnasium in Leipzig ausscheidet und daß am 14. nächsten Monats wieder die „Konferenz für das Gefängnißwesen im Königreich Sachsen" im Stadtverordnetensaale abgehalten wird. Wenn Prof. Reuleaux mit Recht sagt, das Billige sei meist schlecht — so wirkt doch deshalb das Theuere nicht immer gut; ganz außergewöhnlich theuer sind, wie schon erzählt, die neuen massigen dicken Vorhänge im Stadtverordnetensaale gewiß, aber sie saugen dafür auch so viel Schallwellen auf, daß man auf den Tribünen merklich schlechter hört als früher.

— An Rathsstelle ist man ernstlich mit der Verwirklichung einer im vorigen Jahre vom Rathsarchivar Dr. Richter angeregten Idee, nämlich der Schöpfung einer „öffentlichen Stadtbibliothek" beschäftigt; es steht nur noch die Genehmigung der Stadtverordneten aus, doch ist wohl nicht anzunehmen, daß sie verweigert werden wird. Der Stadtsäckel soll dabei keineswegs in große Mitleidenschaft gezogen werden und hat der Stadtrath bereits berechnet, daß es sich pro Jahr um höchstens 4000 Mark Ausgabe handeln wird. Hergestellt wird die Stadtbibliothek durch Vereinigung der bereits bestehenden des Raths und der Stadtverordneten und zerfallen wird sie in 3 Abtheilungen: 1. Geschichte Dresdens; 2. Rechtswissenschaft und Verwaltungskunde nebst den hinzugehörigen technischen Fächern und 3. Allgemeiner Theil. Das wirklich Gute an der Sache ist auch hier die Oeffentlichkeit. Die Entnahme von Büchern soll eben allen, als vertrauenswürdig bekannten Personen